

# Bürger zeigen Unmut über Forderung des Freistaats

**Radwege:** Bürgermeister informiert in Versammlung – Strecke endet vorerst ohnehin an der Landesgrenze

**EICHENBÜHL-RIEDERN.** Um die Radwegeplanung ging es am Donnerstag auch in Bürgerversammlung im Gasthaus zum Hirschen. In seinem Jahresbericht erläuterte Bürgermeister Günther Winkler die Vorgehensweise.

Er zeigte auf, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen könnten. Unmut über die Forderung des Freistaats zur zusätzlichen Verbreiterung des Radwegs auf Kosten der Gemeinde zeigte sich auch unter den Bürgern. Winkler verwies darauf, dass auch die Hardheimer noch eine Strecke von zehn Kilometern bauen müssten. Dies sei wohl nicht in den nächsten zwei Jahren zu erwarten.

Ein Bau der ganzen Strecke, so Winkler, werde vorerst an der Landesgrenze enden. Deshalb sei es sinnvoll, den zweiten Teilabschnitt ein wenig nach hinten zu schieben, um der derzeit nicht zu stemmenden Finanzierung zu entgehen. Der erste Teilabschnitt bleibe weiterhin im Sonderbaulastprogramm und man hoffe auf eine hohe Beteiligung. Heinz Weber regte an, auf dem Teilstück zwischen dem Gasthaus Rose und der Pfohlbacher Straße bergwärts geordnete Parkplätze einzuzeichnen, da es oft zu Verengungen im Einmündungsbereich komme. Erneut wurde auch wieder eine einseitige Parkerlaubnis in der Guggenberger Straße angeregt.

Demnächst, so Winkler werde die Gemeinde die umlagefähigen Kosten von der Verkabelung der Straßen in Guggenberg und Riedern an die Anlieger weitergeben. Verkabelt wurden die Ortsstraße, Guggenberger, Forsthaus- und Finkenstraße für umlage-



Häuser, die nahe der Straße stehen, haben immer wieder mit Rissen, verursacht durch den Schwerverkehr, zu kämpfen.

Foto: Helga Ackermann

fähigen Kosten von 244 800 Euro. Das Guggenberger Feuerwehrhaus strahlt laut Winkler in neuem Glanz.

Theo Sommerfeld fragte Winkler nach dem letztjährigen Versprechen, eine ergänzende Beschilderung zur Deponie anbringen zu lassen. Winkler

versprach, das Straßenverkehrsamt erneut darauf anzusprechen.

Anton Scheuerecker wollte wissen, wer nun für Schäden am Haus verantwortlich sei. Durch den Schwerverkehr über zwölf Tonnen, für den die Straße nicht ausgelegt sei, ent-

stünden Risse an den Häusern. Da man kein Verbot erwirken kann – es wurde vor Jahren beantragt und abgelehnt – müsse die Verantwortlichkeit geklärt werden. Es könne nicht sein, dass die Hausbesitzer selbst für den Schaden aufkommen müssten. *hack*